

# Der Schrecken der Bilder

**Zuwanderung** Die deutsche Flüchtlingspolitik wird getrieben von Emotionen. Sie dreht sich mehr um uns selbst als darum, Menschen in Not zu helfen – ein Debattenbeitrag. *Von Cordula Meyer*

Es waren Bilder, die in den vergangenen Jahren die deutsche Flüchtlingspolitik bestimmt haben. Bilder oder die Angst vor ihnen. Da waren die Tränen des libanesischen Mädchens Reem beim Bürgerdialog mit Angela Merkel in Rosstock. Da war der syrische Junge Alan Kurdi, drei Jahre alt, angeschwemmt am Strand von Bodrum. Da waren Videoaufnahmen von Menschen in Budapest, die Merkels Namen skandierten. Und jetzt sind es die Bilder der versuchten Abschiebung eines 20-jährigen afghanischen Berufsschülers in Nürnberg. Bilder von Polizisten, die mit Hunden und Knüppeln gegen Schüler vorgingen, weil diese sich den Beamten in den Weg gestellt hatten.

Es ist ein Zeichen unserer Menschlichkeit und Empathie, dass uns diese Bilder nicht kalt lassen. Aber sie bewegen uns auch deshalb, weil sie an unsere Schuldgefühle rühren. Weil wir wissen, dass wir Glück hatten in der Lebenslotterie, das Glück, in Deutschland geboren zu sein. Und nicht in Syrien, Somalia oder Sudan. Die Menschen kommen nach Deutschland, weil sie vor ihren Lebensumständen fliehen und an unserem Glück teilhaben wollen. Wir verstehen sie gut. Wir wissen aber auch, dass wir nicht bereit sind, unseren Wohlstand mit allen zu teilen, die kommen wollen. Denn das wäre weit mehr als jene 890.000, die 2015 in Deutschland ankamen. Es wären so viele, dass es das Land zerreißt würde. Das wissen wir ebenfalls, selbst wenn es uns schon schwerer fällt, es anzuerkennen oder gar auszusprechen.

Wir wollen nicht mit allen teilen, nur offen sehen soll das niemand, denn abweisend wirken, das wollen wir auch nicht. Niemand hat dieses Prinzip so gut verstanden wie die Kanzlerin. Noch am Tag, an dem die Bilder von Nürnberg und dem Anschlag nahe der deutschen Botschaft in Kabul die deutschen Nachrichtenseiten im Netz beherrschten, schränkte die Regierung Abschiebungen nach Afghanistan ein. Ruppige bayerische Polizisten zwingen einen Schüler dorthin, wo gerade eine gewaltige Bombe explodiert ist? Unmöglich.

Es ist nicht das erste Mal, dass Merkel ihre Politik an Bildern orientiert. Am 13. September 2015, eine Woche nachdem die Züge voller Flüchtlinge nach München durchfahren durften, als täglich mehrere Tausend Menschen kamen, hatte die Bundespolizei Beamte mit Helikoptern nach Bayern gebracht. Alles war vorbereitet, um die Grenze zu Österreich zu schließen.

Doch Merkel fürchtete Bilder, die die Deutschen nicht aushalten würden. Bilder von deutschen Polizisten, die in Passau mit Schlagstöcken vor erschöpften Familien stehen, Bilder von Wasserwerfern und Stacheldraht. Die Kanzlerin wollte eine Garantie, dass es solche Bilder nicht geben werde. Doch die konnte ihr Innenminister Thomas de Maizière nicht geben.

Die Grenze blieb offen. Das Problem an der Furcht vor den Bildern ist, dass wir ihr fast alles unterordnen, selbst das Schicksal der Migranten und Flüchtlinge. Statt Deutschland schlossen im März 2016 die südosteuropäischen Länder ihre Grenzen und damit die Balkanroute. Gleichzeitig handelte Merkel mit dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan den EU-Flüchtlingsdeal aus. Die Drecksarbeit macht seitdem die Türkei für uns.

Der Stachelndraht liegt jetzt nicht in Passau, sondern an der syrisch-türkischen Grenze. Die Türkei hat eine Mauer gebaut, 560 Kilometer lang, sie soll Dschihadisten aufhalten, aber türkische Grenzpolizisten hindern mit Waffengewalt auch Flüchtlinge daran, ihr kriegsgeschütteltes Land zu verlassen. Also bleiben die Menschen in syrischen Lagern, meist unter katastrophalen Umständen. Alles spricht dafür, dass dies eine größere humanitäre Katastrophe ist als die Lage der Flüchtlinge am Bahnhof von Budapest, mit denen Merkel ihre Politik der großzügigen Aufnahme begründete. Nur: Es gibt kaum Bilder.

Dieser Katastrophe der syrischen Flüchtlinge begegnen wir mit großer Gleichgültigkeit. Als hätten die Lager im Norden Syriens weniger mit deutscher Politik zu tun als Budapest 2015.

Im Mittelmeer sind im vergangenen Jahr mehr als 5000 Menschen gestorben, so viele wie nie zuvor. Auch in diesem Jahr gibt es bereits 1600 Tote. Die Menschen kommen über Libyen, weil die anderen Routen geschlossen sind. Und weil es keinen Muammar al-Gaddafi in Tripolis mehr gibt, dessen Schergen die Menschen davon abhielten, an Libyens Küste in Boote zu steigen. Nach Gutdünken ließ der Despot auch Migranten durch – von der Europäischen Union, die ihren Grenzschutz an ihn outsourcte, erpresste er auf diese Weise zuletzt 50 Millionen Euro.

Im Oktober besuchte Merkel das Transitland Niger, südlich von Libyen, durch das viele Migranten aus West- und Ostafrika ans Mittelmeer gelangen. Sie wollte die

Kontrollen nach Niger vorverlegen, sodass die Menschen Libyen gar nicht mehr erreichen. „Nach ihrem Besuch änderte sich alles“, fasste der Journalist Ben Taub in einer Reportage im „New Yorker“ die Ergebnisse ihres Besuchs zusammen. Nigrische Sicherheitskräfte stürmten die Unterkünfte von Migranten und verhafteten Schlepper. Um Kontrollen zu umgehen, weichen die Schleuser seither auf noch gefährlichere Routen aus. Die Preise steigen, die Reise ist noch brutaler geworden. In Lagern entlang der Route werden Menschen gefoltert und misshandelt, junge Mädchen vergewaltigt. Migranten, die nicht mehr zahlen können, werden von den Schleusern ermordet. Eine Depesche der deutschen Botschaft in Niger bestätigte solche Berichte und nannte die Zustände in den libyschen Lagern „KZ-ähnlich“.

Aber die Bilder erreichen uns nicht. Deshalb ertragen wir das Unerträgliche. Wir ertragen es leichter als die Abschiebung eines Schülers.

Es ist bemerkenswert still in Deutschland angesichts dieses Leids. Es gibt Berichte darüber, aber es sind wenige, und sie entfalten auch keine große Wirkung. Weil wir das Elend nicht mehr als eins begreifen, das mit uns zu tun hat. Aber das hat es. Die knappe Million Menschen, die es 2015 nach Deutschland geschafft hat, lebt in Sicherheit. Das ist viel. Für alle die anderen existieren all die Fluchtgründe heute weiter. Wir erleben diese Situation nur deshalb nicht länger als Krise, weil niemand mehr über die Autobahn Richtung Deutschland marschiert.

Asyl kenne keine Obergrenze, hat die Kanzlerin im September 2015 gesagt. Das ist richtig. Genauso richtig ist, dass Deutschland nicht einmal alle Menschen aufnehmen könnte, die einen Anspruch auf Schutz hätten. Geschweige denn alle, die bei uns ein besseres Leben suchen. Die deutsche Politik löst diesen Widerspruch, indem sie es Schutzsuchenden fast unmöglich macht, deutschen Boden zu erreichen.

Asyl für alle. Nur darauf berufen kann sich kaum einer.

Das ist zwar verlogen, entspricht aber präzise unseren eigenen Bedürfnissen. Wir sehen nicht so aus, als schotteten wir uns ab, und verhindern gleichzeitig, dass viele kommen. Und weil deutsche Polizisten abgekämpfte Menschen nicht am Schlagbaum abweisen, können wir die Fiktion aufrechterhalten, die uns so wichtig ist: dass unsere Grenzen offen sind.

Tatsächlich schaffen es auch 2017 mehr als 10.000 Asylsuchende jeden Monat nach Deutschland. Wie schon vor der Krise 2015 versucht Deutschland aber, das Problem auf die Länder an den EU-Außengrenzen abzuwälzen. Gemäß der Dublin-Regelung müssen Flüchtlinge in dem EU-Land bleiben, das sie als erstes betreten haben. Auch wieder so ein Weg, die Probleme von uns fernzuhalten.

Heute überwinden nur die Stärksten und Wohlhabenden das Mittelmeer oder die Balkanroute, und nur wer die meisten Ressourcen hat, schafft es dann noch bis in die Bundesrepublik. Es ist eine darwinistische Auslese. Jene Menschen in Syrien, die unseren Schutz am nötigsten hätten – Familien mit vielen Kindern, Kranke und Alte, aber auch mittellose Menschen – sind davon praktisch ausgeschlossen. Auch zur Zeit der Willkommens-Euphorie 2015 kamen vor allem die Starken, nicht die Schwachen. Dieses perverse System hat aus deutscher Sicht einen großen Vorteil: Es nimmt uns die Entscheidung ab, die wir auf keinen Fall treffen wollen. Die Entscheidung nämlich, wen wir aufnehmen wollen und wen nicht.

Angesichts dessen wirkt die derzeitige deutsche Debatte über Abschiebungen nach Afghanistan wie ein Nebenschauplatz, ein bisschen so, als versuchten Linke und Rechte, ihre gewohnten Positionen aus der Zeit vor der Flüchtlingskrise einzunehmen. Natürlich spielen die Medien dabei eine Rolle, wir sahen Bilder vom Anschlag in der afghanischen Hauptstadt Kabul, weil er vor der deutschen Botschaft passierte, weil Fotografen in der Nähe waren und weil es wegen unserer innenpolitischen Debatte eine Rolle spielt. Gleichzeitig sterben an vielen Tagen im Jahr mehr Menschen in der Sahara und im Mittelmeer. Einsam, ohne jemanden, der ihr Leid dokumentiert.

Die deutsche Regierung schiebt auch deshalb nach Afghanistan ab, weil sie ein Signal in das Land am Hindukusch senden will. Damit nicht jede Familie, die einen Schleuser bezahlen kann, jemanden nach Deutschland schickt, der später Geld nach Hause überweisen soll. In Afghanistan leben 33 Millionen Menschen, etliche von ihnen mit Verbindungen nach Deutschland, mit einer Anlaufstelle in der Fremde.

Natürlich ist es gefährlicher, in Kabul zu leben als in Köln oder Frankfurt am Main, natürlich gibt es Regionen, in denen Menschen vor den Taliban fliehen müssen. Und doch ist es nicht völlig falsch, was Innenminister Thomas de Maizière sagt: dass es vergleichsweise sichere Gebiete in Afghanistan gibt. Jedenfalls Gebiete, in denen die Risiken geringer sind als in vielen anderen Ländern der Erde. Im Südsudan sind seit Beginn des Bürgerkriegs 2013 Zehntausende Menschen gestorben, viele sind ver-



Schiffbrüchige Migranten vor der libyschen Küste im Mittelmeer

## Deutschland muss mehr Aufklärungsarbeit über die Risiken der Flucht leisten.

hungert. In der Zentralafrikanischen Republik liegt die Lebenserwartung von Frauen bei 54 Jahren, medizinische Versorgung gibt es dort so gut wie nicht. Darf man das gegeneinander aufrechnen? Vielleicht nicht. Aber ist es nicht noch schlimmer, diese Fakten zu ignorieren?

Bislang darf ein großer Anteil derer, die es hierher geschafft haben, irgendwie bleiben, auch wenn ihr Asylantrag abgelehnt wurde. Um die 100.000 abgelehnte Asylbewerber müssten aktuell zurück in ihre Heimat, mindestens 11.000 gingen bis April dieses Jahres freiwillig, nur 8.600 wurden im selben Zeitraum abgeschoben, die meisten hingegen hangeln sich von Duldung zu Duldung, manchmal über ein Jahrzehnt. Das stört uns so lange nicht, bis einer dieser Menschen ein Verbrechen begeht, wie jener vorbestrafte Afghane, der am Wochenende einen fünfjährigen russischen Jungen erstochen hat. Dann fragen wir, empört, warum dieser Mann noch im Land war.

Dass der Staat handlungsfähig sein kann, lehrt die Geschichte der Migranten vom Balkan. Viele wurden in Schnellverfahren zurückgeschickt, nachdem die Regierung mehrere Länder als sicher eingestuft hatte. Auf der Liste der Hauptherkunftsländer taucht 2017 kein Balkanstaat mehr auf, 2015 lagen Albanien, das Kosovo und Serbien noch auf den Plätzen zwei, drei und sechs.

In deutschen Asylverfahren passieren Fehler, auch gravierende. Der Fall des deutschen Bundeswehrsoldaten, der als syrischer Flüchtling anerkannt wurde, hat das überdeutlich gezeigt. Aber jedes Asylverfahren ist ein aufwendiger Prozess, an dessen Ende eine Entscheidung steht, die durch mehrere Gerichtsinstanzen überprüft werden kann und überprüft wird.

Diese staatlichen Stellen entscheiden, wem Schutz zusteht. Und, weil unsere Möglichkeiten endlich sind, entscheiden sie auch, wem er nicht zusteht. Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, nicht gerade Hort der Herzlosigkeit, schreibt in seinem Jahresgutachten 2017, wenn abgelehnte Asylbewerber nicht in ihre Länder zurückmüssten, „verliert das Asylsystem schnell seine Glaubwürdigkeit“. Sei sichergestellt, dass ihnen keine Lebensgefahr drohe, müsse abgeschoben werden, „auch wenn die Zivilgesellschaft dann regelmäßig protestiert und fordert, dass gerade diese Person weiter geduldet oder dauerhaft aufgenommen wird“.

In solchen Protesten entlädt sich auch unser schlechtes Gewissen. Aber die deutsche Politik wird schlechter, wenn die Regierenden sich von Aktivisten mit Bildern vor sich hertreiben lassen. Natürlich sollte der Staat Situationen vermeiden, in denen ein Schüler aus einem Klassenzimmer geholt wird. Aber manchmal hinterlassen Proteste den Eindruck, dass es mehr darum geht, den innenpolitischen Gegner zu bekämpfen, als um das Schicksal des Menschen, der abgeschoben werden soll.

Wenn wir den Entscheidungen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge und den Verwaltungsrichtern derart grundsätzlich misstrauen, dass wir glauben, ein Migrant, der Deutsch lernt und nicht kriminell ist, müsse auf jeden Fall bleiben dürfen, können wir uns das aufwendige Asylverfahren sparen. Dann sollte das Amt zugesperrt, dann sollten die 7000 Mitarbeiter besser als Deutschlehrer und Arbeitsvermittler tätig werden.

Aber das kann keine Lösung sein. Was also dann?

Die Politik braucht eine Strategie, die sich stärker an den Menschen in Not orientiert. Und damit ist nicht nur die häufig wiederholte Formel gemeint, die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern der Migranten müssten verbessert werden. Natürlich klingt das gut und ist zudem richtig, humanitär alternativlos und die einzige langfristige Lösung. Aber wirtschaftliche Entwicklung wird für Jahrzehnte den Migrationsdruck eher erhöhen, weil vor allem Angehörige der dadurch wachsenden afrikanischen Mittelschicht sich den Weg nach Norden überhaupt leisten können.

Kurz- und mittelfristig braucht das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, UNHCR, ein Vielfaches jener Mittel, über die es derzeit verfügt, um Flüchtlingsunterkünfte etwa in Jordanien und in der Türkei besser auszustatten und den Menschen dort Bildung und eine Perspektive zu bieten. Rund 250 Millionen Euro hat Deutschland im Jahr 2016 an das UNHCR gegeben, für die Flüchtlingshilfe weltweit. 2017 wird der Staat allein für die Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge in Deutschland das Fünffache ausgeben. Auch so etwas lässt sich nicht gegeneinander aufrechnen. Aber es ist legitim, Anreize für Familien zu vermeiden, Jugendliche gezielt nach Europa zu schicken. Und es ist legitim, die Frage zu stellen, wo das Geld am meisten hilft.

Deutschland und die EU müssen in den Herkunftsländern mehr Aufklärungsarbeit leisten, über die Risiken der Flucht und darüber, wie gering die Chancen vieler Migranten auf ein Bleiberecht sind; so macht es das Auswärtige Amt schon in Afghanistan.

Aber das darf nicht alles sein, wir müssen im eigenen Land helfen. Deutschland könnte es ermöglichen, in den deutschen Botschaften der Krisenregionen Asyl zu beantragen. Es könnte das Uno-Flüchtlingshilfswerk mehr Flüchtlinge aus Syrien oder dem Irak, vielleicht auch aus bestimmten Teilen Afghanistans schon in der Region auswählen lassen, nach Kriterien der Hilfsbedürftigkeit und der Integrationschancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Die Menschen könnten dann sicher im Flugzeug einreisen. Es müssten aber deutlich mehr sein als die Zehntausende, die bisher über diese humanitären Aufnahmeprogramme gekommen sind. Warum nicht 100.000 im Jahr oder mehr? Richtig ist es auch, mehr legale Wege der Arbeitsmigration zu öffnen, auch wenn das die Anziehungskraft Europas noch verstärkt.

Einfache Lösungen gibt es nicht. Wir sollten nicht hauptsächlich auf unsere eigenen Gefühle Rücksicht nehmen, die uns mal in die eine, mal in die andere Richtung treiben. Sondern ehrlicher nach dem Weg suchen, auf dem wir am besten helfen können.